

## Gespräch mit Günter Verheugen in Die Zeit (25. Juli 2002)

**Quelle:** Die Zeit. Wochenzeitung für Politik-Wirtschaft-Handel und Kultur. 25.07.2002. Hamburg.

**Urheberrecht:** (c) Die Zeit

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/gesprach\\_mit\\_gunter\\_verheugen\\_in\\_die\\_zeit\\_25\\_juli\\_2002-de-735baeb3-2879-4ecc-b8a7-ec3bd99ea1fe.html](http://www.cvce.eu/obj/gesprach_mit_gunter_verheugen_in_die_zeit_25_juli_2002-de-735baeb3-2879-4ecc-b8a7-ec3bd99ea1fe.html)

**Publication date:** 18/09/2012

## „Zypern liegt mir im Magen“

### Kommissar Günter Verheugen über die endlosen Schwierigkeiten der EU-Erweiterung

**DIE ZEIT:** Glaubt man dem Bundeskanzler, dann werden deutsche Interessen in Brüssel nicht genug berücksichtigt. Diese Kritik trifft auch den EU-Kommissar Verheugen. Sind Sie in Brüssel ein schlechter Deutscher geworden?

**GÜNTER VERHEUGEN:** Ein guter Deutscher kann man nur sein, wenn man ein guter Europäer ist. Deshalb glaube ich, dass ich ein guter Deutscher bin. Der Kanzler behauptet übrigens auch nichts anderes.

**ZEIT:** Und was stimmt an dem Vorwurf des mangelnden Engagements für Deutschland?

**VERHEUGEN:** Wer in die Kommission eintritt, muss die nationalen Interessen hinter sich lassen. Das bedeutet allerdings nicht, dass man dann seine Kenntnisse über die besonderen Bedürfnisse des eigenen Landes verleugnet.

**ZEIT:** Sie kümmern sich darum, dass die Erweiterung der EU möglichst reibungslos über die Bühne geht. Trügt der Eindruck, dass die Angst vor diesem Projekt allorten wächst?

**VERHEUGEN:** Da herrscht künstliche Nervosität. Schlagzeilen wie „Erweiterung in der Sackgasse“ lese ich, seit ich hier arbeite. Sie waren immer falsch und sind es auch jetzt. Wir haben inzwischen 95 Prozent aller Probleme gelöst. Dass es bei den letzten Verhandlungen mit harten Bandagen zugeht, ist doch ganz normal. Letztlich wird aber niemand ein so weit fortgeschrittenes Projekt scheitern lassen – nur weil wir uns beispielsweise über die Direktbeihilfen für die Landwirte nicht einigen können.

**ZEIT:** Trotzdem mangelt es in Berlin, Paris und London doch offensichtlich an Enthusiasmus.

**VERHEUGEN:** Ich halte mich da an die Beschlüsse der Europäischen Räte, und die sind eindeutig. Von Gipfel zu Gipfel wurde die Erweiterung konkreter: In Berlin schafften die Regierungschefs im Frühjahr 1999 die finanziellen Voraussetzungen, in Nizza verabschiedeten sie im Dezember 2000 einen klaren Fahrplan, in Göteborg legten sie 2001 das Datum fest und in Laeken wurde bestimmt, welche Länder dabei sein können. Das hat Geltung.

Wie die Regierungschefs und ihre Außenminister diese Politik zu Hause verkaufen, ist ihre Sache. Die Kommission hat immer wieder gemahnt, dass die Bürger die historische Notwendigkeit des Projektes nicht verstehen, wenn man sie ihnen nicht erklärt.

**ZEIT:** Kennen Sie Länder, in denen das gut funktioniert?

**VERHEUGEN:** Laut Meinungsforschung haben wir eine Spitzengruppe, das sind die nordischen Länder – übrigens plus Irland. Dort fühlen sich die Bürger informiert, und die Erweiterung stößt auf breite und stabile Zustimmung. In der großen zweiten Gruppe überwiegt die Zustimmung zwar, aber ein großer Teil der Bürger fühlt sich uninformiert. Dazu gehört Deutschland. Nur in einem einzigen Land, in Frankreich, lehnt eine knappe Mehrheit der Bevölkerung die Erweiterung ab. Das liegt auch daran, dass das Thema dort überhaupt noch nicht debattiert wird.

**ZEIT:** Und bei den künftigen Mitgliedern?

**VERHEUGEN:** In allen Kandidatenländern sind die Umfragen deutlich: Bei einem Referendum käme eine Zweidrittel- oder sogar eine Dreiviertelmehrheit für einen EU-Beitritt zustande.

**ZEIT:** Irland steht bei Ihnen auf der Liste der Befürworter. Nun haben die Iren den Vertrag von Nizza und damit die Grundlage der Osterweiterung in einem Referendum schon einmal abgelehnt.

**VERHEUGEN:** Beim damaligen Referendum fand die große Mehrheit der Iren die Sache nicht wichtig. Die meisten wussten nicht einmal, dass es auch um die Erweiterung ging, da standen ganz andere Themen wie die irische Neutralität oder die Abtreibung im Vordergrund. Deswegen sind sie nicht zur Wahlurne gegangen. Das wird bei der neuen Abstimmung im Herbst hoffentlich anders.

**ZEIT:** Was passiert denn, falls die Iren nein sagen?

**VERHEUGEN:** Ich weiß nicht, was dann geschieht. Wir brauchen den Vertrag von Nizza für die Erweiterung.

**ZEIT:** In Ihrem Giftschränk liegt gewiss eine Liste mit all dem, was noch schief gehen kann. Was steht da an oberster Stelle?

**VERHEUGEN:** (lacht) *Handle with care*. Mal im Ernst, was kann noch heikel sein? Zunächst die Verhandlungen selbst: Da kann uns in der Agrarpolitik die Frage, wie viel Direktbeihilfen und welche Produktionsquoten die Bauern der Kandidatenländer bekommen sollen, noch Ärger machen. Aber niemand wird die Osterweiterung daran scheitern lassen – auch nicht Deutschland.

**ZEIT:** Das ist bestimmt nicht alles ...

**VERHEUGEN:** ... also kommen wir zu den politischen Fragen. Da steht zunächst Kaliningrad. Für Russland ist der Gedanke schwer zu ertragen, dass der Weg von russischem Territorium in russisches Territorium nach dem Beitritt von Polen und Litauen über eine EU-Außengrenze führen wird. Zwar wird die Mitgliedschaft der beiden Länder nicht daran scheitern, dass wir uns mit Russland nicht über den Zugang zu dieser Enklave werden einigen können. Dennoch haben alle ein Interesse, dass das Problem vorher gelöst wird.

**ZEIT:** Lässt sich Russland bei dem Thema Kaliningrad, also dem ehemaligen Königsberg, auch von dem Gefühl leiten, den Zweiten Weltkrieg nun nachträglich doch noch zu verlieren?

**VERHEUGEN:** Niemand bestreitet den territorialen Status von Kaliningrad. Das ist und bleibt russisch. Aber psychologisch ist das schwieriger. Ein Blick auf die Karte lehrt: Was war gestern noch das sowjetische Gebiet und Einflussgebiet – und was ist davon übrig geblieben? Nur das, was Russland im Zweiten Weltkrieg um Kaliningrad dazugewonnen hat. Das mag eine Rolle spielen, wohl auch Furcht vor einem möglichen Separatismus.

Wir selbst müssen allerdings aufpassen und dürfen nicht in altes Denken und in eine Zeit zurückfallen, da Moskau mit „dem Westen“ über die Köpfe von Warschau und Vilnius hinweg verhandelt hätte. Wir können also der Forderung, dass jeder Russe ohne Visum von Kaliningrad nach Russland reisen kann, nicht so einfach zustimmen. Denn das würde bedeuten, dass die Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze nie abgeschafft werden...

**ZEIT:** ... weil dann automatisch alle Russen über Polen nach Deutschland und die EU einreisen könnten?

**VERHEUGEN:** Ja. Behalten wir aber die Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze, würden Polen und Litauen zu EU-Mitgliedern zweiter Klasse und zu Pufferzonen zwischen Russland und der Union. Davor fürchtet man sich dort zu Recht.

**ZEIT:** Liegt Ihnen noch anderes im Magen?

**VERHEUGEN:** Zypern. Wir werden bis zum letzten Moment alles tun, um die Aufnahme der ganzen, ungeteilten Insel zu erreichen. Wir arbeiten deshalb mit aller Kraft an der Lösung des Zypernkonfliktes – dazu brauchen wir aber eine handlungsfähige Regierung in Ankara. Der Schlüssel zur Lösung liegt dort.

**ZEIT:** Die Türken hatten gehofft, Ende des Jahres von der EU eine feste Zusage über den Beginn der

Beitrittsverhandlungen zu bekommen. Damit wird durch die Regierungskrise wohl nichts?

**VERHEUGEN:** Ich gehöre nicht zu denen, die sagen: Glücklicherweise stellen sich die Türken nun selbst ein Bein. Zwar fehlt für den Beginn von Verhandlungen noch einiges: beispielsweise die Umsetzung der Verfassungsänderung oder die Anwendung von Reformgesetzen. Es kann aber in der jetzigen unklaren Lage mit Reformen durchaus weitergehen. Und es ist nicht auszuschließen, dass die Türkei in der Zypernfrage vor dem EU-Gipfel in Kopenhagen noch ein Angebot machen könnte, um dafür eine politische Belohnung zu bekommen. Schließlich haben die proeuropäischen Kräfte Angst davor, dass der Zug abfährt und die Türken im Bahnhof zurückbleiben.

**ZEIT:** Das reicht an Sorgen, oder gibt es weitere?

**VERHEUGEN:** Österreich und Tschechien. Ich glaube zwar nicht, dass die Benes-Dekrete ein echter Unsicherheitsfaktor für die Erweiterung sind. Aber man kann damit gefährliche Emotionen wecken. An der „pro Erweiterung“-Linie der Sozialdemokraten, der Volkspartei, auch der Liberalen und Grünen in Österreich habe ich keinen Zweifel. Aber da gibt es die FPÖ von Jörg Haider.

**ZEIT:** An deren Antihaltung es auch kaum Zweifel gibt.

**VERHEUGEN:** Aber wird die FPÖ die Erweiterung dazu benutzen, Neuwahlen zu erzwingen? Das glaube ich nicht. Die Österreicher wissen doch genau, dass sie die größten Vorteile von der Erweiterung haben werden.

**ZEIT:** Bisher verliefen die Debatten dort hitzig und wenig rational. Wie lange werden diese tschechischen Dekrete, die die Vertreibung und Enteignung von Deutschen und Österreichern nach dem Zweiten Weltkrieg rechtfertigen, denn die Politik noch beschäftigen?

**VERHEUGEN:** Gott sei Dank ist der Wahlkampf in Tschechien vorbei, seither hat sich alles etwas beruhigt. Die EU-Kommission und die tschechische Regierung arbeiten zurzeit an den Fragen, die historisch und juristisch noch geklärt werden müssen. Dabei ist klar, dass die tschechische Nachkriegsordnung kein Beitritts Hindernis darstellt. Entscheidend ist die heutige rechtsstaatliche Verfassung.

**ZEIT:** Es scheint, als ob die Erweiterung die Schatten der Geschichte an manchen Orten zurückbringt.

**VERHEUGEN:** Im Baltikum, in Polen, in Tschechien, eigentlich überall wirkt die Vergangenheit nach. Ich habe unlängst den Ministerpräsident von Bulgarien in einem kleinen Palast besucht, der ihm zurückerstattet wurde. Er erzählte mir: Hier habe ich als Kind als König gelebt. Von hier bin ich geflohen, hierher kehre ich jetzt zurück. Und es ist alles noch da: das Geschirr, das Silber, die Möbel, alles noch da. Ich esse sogar vom selben Jugendstil-Porzellan.

Und auf der anderen Seite: Wenn ich mich in Riga oder Vilnius auf den Straßen des einstigen Ghettos wiederfinde, kann ich nicht verdrängen, was aus den Menschen dort wurde. Man kann nicht sagen, dass das alles schon bewältigt wäre, wirklich nicht.

*Das Gespräch führten Petra Pinzler und Joachim Fritz-Vannahme*